

1968 – Aktionen und Reaktionen zum Einmarsch in die ČSSR im Bezirk Rostock

Katharina Lübke

„An alle Bürger der DDR: Die Völker der ČSSR sind von prinzipienlosen Politikern in große Gefahr gebracht worden. Der Einmarsch erfolgte auf Wunsch der dem Sozialismus treu ergebenden Menschen in Partei und Gesellschaft der ČSSR.“¹ Es ist der 21. August 1968. Ein Mittwoch. Seit sechs Uhr früh wird diese Erklärung durch den Rundfunk verbreitet. Monatelang schon hatten sich Reformbestrebungen im Nachbar- und Bruderland, der ČSSR, erfolgreich durchgesetzt. Deshalb glaubten auch viele Menschen in der DDR an eine Reformfähigkeit des real existierenden Sozialismus. Nun aber rollten die Panzer des Warschauer Paktes in das Land der neuen Hoffnung und bewiesen das Gegenteil.

Die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings im Spätsommer 1968 war eines jener Ereignisse, die die alltägliche „Friedhofsruhe“ der DDR-Gesellschaft kurz aber heftig durchbrachen. Die stille, aber grundlegende Unzufriedenheit in der Bevölkerung kam plötzlich an die Oberfläche. Tausende Menschen vergaßen für kurze Zeit ihre Sorge um den Studienplatz der Tochter, den Ferienplatz an der Ostsee oder die Angst vor einem schlechten Leumund. Sie stellten sich der diktatorischen Herrschaft entgegen, indem sie, in welcher Form auch immer, ihren Unwillen, den Einmarsch gutzuheißen, bekundeten und sich weigerten, zum Wohl der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ die aufgezwungene offizielle Meinung zu vertreten bzw. diese ohne weiteres hinzunehmen. Es gab plötzlich Menschen, die vereinzelt wagten, die verinnerlichten Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der SED-Diktatur zu ignorieren.

Diese spontane Protestwelle kam für die SED nicht unerwartet, und so erstickte sie diese in der ihr eigenen Gründlichkeit und Konsequenz schnell und ohne größere Schwierigkeiten. Eine wirkliche Gefahr für den Herrschaftsanspruch der Einheitspartei bestand zu dieser Zeit nicht. Dennoch, der Prager Frühling und dessen Niederschlagung war eines jener Ereignisse, die den kontinuierlichen Niedergang des Systems in vielen kleinen Schritten einläuteten. In der Sekundärliteratur wird die Niederschlagung des Prager Frühlings als ein „Stück Anfang vom Ende“ bezeichnet.² Insbesondere die bevölkerungsreichen Regionen und kulturellen Zentren der DDR, wie der Raum Berlin und die südlicheren Gebiete, fanden in entsprechenden Darstellungen Beachtung. Vernachlässigt wurde bisher der Norden des Landes, so auch der Bezirk Rostock. Anhand einer Vielzahl von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit läßt sich das Protestverhalten der Bevölkerung aber auch hier rekonstruieren. Das Einüben wie auch das Infragestellen von Herrschaftsmechanismen ist besonders auf regionaler Ebene aufschlußreich, da hier durch Betrachtung verschiedener gesellschaftlicher Räume wie der Brigade, der Land-

1 Zwahr, Hartmut: Tagebuch 1968. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), 20/2008, 13. Mai 2008, S. 31.

2 In zahlreichen Studien wurde das Ereignis und dessen Auswirkungen auf die Entwicklung der Opposition und den Verlauf der DDR-Geschichte bis hin zum Niedergang des Systems 1989 hinreichend untersucht. Vgl.: Grunenberg, Antonia: Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR 1971–1990. Bremen 1990, S. 54; Born, Arne: Kampf um Legitimation. Stabilität und Instabilität der SED-Herrschaftsstrukturen. In: Berbig, Roland (Hrsg.): In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung. Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 2. Berlin 1994. S. 64.

wirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), des Wohngebiets, des Klassenzimmers usw.³ die Verschränkung von Herrschaft und Gesellschaft meist besser zu greifen ist.⁴ So wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwiefern es auch bei der Bevölkerung im ländlichen Norden der DDR kritische Ressourcen gegeben hat, die durch die drastischen Ereignisse aktiviert werden konnten. Konnten der Prager Frühling und dessen Niederschlagung auch hier eine spontane Protestwelle auslösen und vorhandenes Potential für die mittelfristige Ausbildung einer politischen Opposition fördern? An welchen gesellschaftlichen Orten waren diese kritischen Potentiale gespeichert? Um diese Fragen beantworten zu können, muß man sich auf die Suche nach den Trägern, Motiven und Auslösern, den Zielen und Formen, nach der Intensität und den gesellschaftlichen Orten von Verweigerung und Gegnerschaft machen.

Der Bezirk Rostock

Es müssen bestimmte charakteristische Merkmale des Bezirks Rostocks berücksichtigt werden. Der Bezirk zeichnete sich innerhalb der DDR durch eine leicht unterdurchschnittliche Bevölkerungs- und Siedlungsdichte aus.⁵ Dadurch und aufgrund der schwächer entwickelten Infrastruktur fehlte es an potentiellen Sammlungsorten und Möglichkeiten für anonyme Protesthandlungen. Eine geringere Personalbasis wirkte sich schwächend auf den Zusammenhalt innerhalb von Gruppen aus. Es kann angenommen werden, daß es für die SED-Diktatur angesichts dessen einfacher war, Akteure zu isolieren und sich bildende Gruppen „auszubluten“. Es kann auch davon ausgegangen werden, daß der Druck eines Kollektivs und die Abhängigkeit von einem guten Leumund in dünnbesiedelten Räumen größer war als in milieureicheren Städten.

Rostock lag in der „Kornkammer“, dem am stärksten landwirtschaftlich geprägten Großraum der DDR. Dabei war der Bezirk mit dem Maschinen- und Fahrzeugbau in den großen Werften in den Hafenstandorten Rostock, Stralsund, Wismar und Wolgast die industrielle Herz Mecklenburgs. Eine Sonderrolle nahm der Bezirk durch die Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft,⁶ die dreifache Grenzsituation⁷ und den Tourismus ein. Rund ein Drittel aller Erholungsreisenden der DDR machte ihn zum bedeutendsten Fremdenverkehrsgebiet des Landes.

Auch Einrichtungen aus den Bereichen Kunst, Kultur und Bildung, wie Universitäten, städtische Bühnen, aber auch Jugend- und Musikklubs, boten Ansatzpunkte für kritische Potentiale. Die DDR verfügte über 54 Universitäten und Hochschulen. Besonders wichtige Hochschulstandorte waren Berlin, Leipzig und Dresden. Diese Städte waren

3 Lindenberger, Thomas: SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und „Eigen-Sinn“: Problemstellung und Begriffe. In: Gieseke, Jens (Hrsg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 31.

4 Wentker, Hermann: Forschungsperspektiven und -desiderate der DDR-Geschichte. In: Hechler, Daniel/Hüttmann, Jens/Mählert, Ulrich/Pasternack, Peer (Hrsg.): Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Handbuch. Berlin 2009. S. 38.

5 Mit 870 000 Einwohnern lebten hier 123 Menschen je Quadratkilometer. Der DDR-Durchschnitt lag bei 155 je Quadratkilometer. Eine gewisse Bevölkerungskonzentration bestand lediglich in den vier Stadtkreisen Rostock, Wismar, Stralsund und Greifswald; vgl. dazu Kohl, Horst/Marcinek, Joachim/Nitz, Bernhard: Geographie der DDR, Schriftenbücherei Geographie, Bd. 7. Gotha/Leipzig 1979, S. 87, 90.

6 Gohl: Deutsche Demokratische Republik. Eine Wirtschaftsgeographie. Sonderdruck aus Harms Handbuch der Geographie, Band Deutschland, 26. Auflage. München 1975, S. 323; Kohl/Marcinek/Nitz: Geographie der DDR, S. 173.

7 Im Osten grenzte der Bezirk an Polen, im Norden an die offene See, im Westen an die Bundesrepublik. Eine hohe Zahl von Fluchtversuchen war die Folge.

zugleich auch Kunst- und Kulturmetropolen.⁸ Im Bezirk Rostock gab es zwei Universitäten und vier Spezialhochschulen wie die Kunstschule Heiligendamm. Theater gab es in Rostock, Stralsund, Greifswald und Wismar.

Ein weiteres Merkmal ist von Bedeutung: Daß der Nordbezirk nicht gerade im Zentrum lag, stellt einen wesentlichen Referenzrahmen für das Auftreten oppositioneller Tätigkeit dar. In Rostock galt man schon als potentiell unruhestiftend, wenn man nach Berlin fuhr, um sich ein Konzert oder die Mauer anzusehen. Wer in kulturellen Hochburgen oder Großstädten wohnte, ließ sich womöglich leichter in das Geschehen hineinziehen. Die Augen der Öffentlichkeit waren nicht auf die Randbezirke, sondern auf die Zentren und kulturellen Hochburgen gerichtet. Das galt für die internationalen Medien wie auch für die Medien der DDR. Dieser Umstand dürfte die subjektiv zu erwartende Breitenwirkung und die Erfolgsaussichten wie auch das Risiko einer Aktion beeinflußt haben. So mögen Menschen im Bezirk Rostock zu Recht davon ausgegangen sein, daß die westdeutsche und die internationale Presse nicht auf Aktionen namenloser Akteure im fernen Norden der DDR geschaut hätte.

Protest in Zahlen und Fakten

In einer abschließenden Übersicht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vom 2. Dezember 1968 ist im Zeitraum vom 21. August 1968 bis zum 30. November 1968 von Ermittlungsverfahren gemäß Paragraph 106 des Strafgesetzbuchs („Staatsfeindliche Hetze“) und Paragraph 220 („Staatsverleumdung“) gegen 1 290 Personen in der gesamten DDR die Rede.⁹ Laut Analyse des MfS wurde diese Protestwelle, insbesondere der schriftliche Protest, in überwältigendem Maße von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen. Demgegenüber äußerten 80 Prozent der Bürger über 40 Jahre ihren Protest mündlich, überwiegend ohne gezielte Intention nach Veränderung.¹⁰ 70,31 Prozent der Akteure waren Arbeiter und Angestellte. Der territoriale Schwerpunkt bei den Verhaftungen lag mit 174 Personen im Bezirk Karl-Marx-Stadt, gefolgt von Berlin mit 158, Leipzig mit 118 und Dresden mit 94 Inhaftierungen. Die wenigsten Verhafteten gab es in den Bezirken Suhl und Cottbus mit jeweils achtzehn Fällen. Weitere 1 406 unaufgeklärte Fälle gab es nach Stand vom 24. September 1968. In dieser Statistik führte Berlin mit 364 unaufgeklärten Widerstandsaktionen gegen das SED-Regime.¹¹

Wie sah es nun im Bezirk Rostock aus?

Im gesamten Jahr 1968 zählte das MfS im Bezirk Rostock 1 074 Fälle der „mündlichen Hetze“. Das bedeutete einen Anstieg um mehr als 150 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Weiter registrierte die Bezirksverwaltung (BV) Rostock 101 Fälle von „Hetzlosungen“. Die Mehrzahl der Losungen richtete sich gegen die neue sozialistische Verfassung der DDR sowie gegen den Einmarsch in die ČSSR. Allein vom 1. August bis zum 6. September 1968 gab es insgesamt 302 Fälle „mündlicher Hetze“, 60 Fälle „schriftlicher Hetze“ und siebzehn Fälle passiven Widerstands (Nichtunterzeichnung von Willenserklärungen,

8 Kohl/Marcinek/Nitz: Geographie der DDR, S. 142.

9 „Statistische Übersicht über den Gesamtanfall an Ermittlungsverfahren wegen Straftaten im Zusammenhang mit den Maßnahmen der verbündeten sozialistischen Staaten zur Sicherung der sozialistischen Ordnung in der CSSR“ (Berlin, 2. Dez. 1968). BStU, MfS, HA IX, MF, Nr. 12738.

10 „Bericht über die bisherigen Untersuchungsergebnisse im Rahmen der Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Maßnahmen der fünf verbündeten sozialistischen Staaten zur Sicherung des Friedens und zur Unterbindung konterrevolutionärer Umtriebe in der CSSR“ (Berlin, 3. Sept. 1968). Ebd.

11 Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Berlin 2008, S. 162 ff.

Verweigerung von Beitragszahlungen).¹² Von den 302 mündlichen Protesten führten nur neunzehn zur Anzeige. Von den schriftlichen und passiven keiner. 143 der 302 mündlichen Aktionen gingen auf Arbeiter und Genossenschaftsbauern zurück, 74 auf Jugendliche. Die Analyse der regionalen Verteilung läßt erkennen, daß bei den mündlich geäußerten Protesten die Stadt Rostock mit 148 Delikten ganz vorn stand. Es folgten Grevesmühlen mit 39, Stralsund und Doberan mit je 25 Vorfällen. Auf Rügen verzeichnete das MfS siebzehn Vorkommnisse. Schriftlich geäußerten Protest gab es mit 25 Delikten am häufigsten auf Rügen. Rostock folgte mit neunzehn Delikten. In den Kreisen Rostock, Rügen, Wolgast, Wismar, Stralsund und Greifswald wurden dem MfS insgesamt vierzehn „Gruppierungen“ bekannt, wobei besonders zwei davon, in Wolgast und Greifswald, „wegen ihrer Gesellschaftsgefährlichkeit“ hervorstachen. 44 Bürger äußerten sich anonym, indem sie an verschiedene staatliche und gesellschaftliche Institutionen sowie an Privatpersonen des Bezirkes anonyme Briefe schrieben. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 29 mehr.¹³

Insgesamt wurden im Bezirk Rostock im Jahr 1968 42 Ermittlungsverfahren gemäß Paragraph 106 StGB, zwölf gemäß Paragraph 220 StGB und 31 gemäß Paragraph 213 StGB („Ungesetzlicher Grenzübertritt“) eingeleitet. Das bedeutete einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, welchen die BV Rostock explizit auf die Entwicklungen in der ČSSR und die Intervention im August zurückführte.¹⁴

Formen des Protests

Die von der DDR als „staatsfeindlich“ eingestufteten Straftaten waren ein Sammelsurium von Einzelvorkommnissen ganz unterschiedlichen Gewichts und unterschiedlicher Art. Das reichte von spontanen, isolierten Unmutsäußerungen und individueller Verweigerung aus Empörung oder nach erheblichem Alkoholgenuß über anonyme Drohbriefe und Anrufe bei SED-Funktionären bis hin zu organisierten und geplanten Widerstandskaktionen größeren Ausmaßes. Generell war das Protestverhalten der DDR-Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Prager Frühling und dessen Niederschlagung aber vorwiegend unorganisiert, spontan, unkoordiniert und aus der aktuellen Wut und der prinzipiellen Unzufriedenheit heraus erklärbar. Konkrete Ziele oder ausformulierte Programme fehlten weitgehend.¹⁵

a) Flugblätter

Eine landesweit verbreitete Ausdrucksform des Protests waren Flugblattaktionen. Tausende Exemplare wurden beschlagnahmt. Zumeist wurden die Flugblätter von Einzelpersonen hergestellt, die sie an öffentlichen Orten verteilten. Massenwirksamkeit konnte dabei nicht erreicht werden, da die gestreuten Flugblätter sofort eingesammelt wurden.¹⁶

12 „Die Reaktion der Bevölkerung auf die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Länder gegenüber der ČSSR“ (Rostock, 11. Sept. 1968). BStU, BV Rst, Leiter 19, Teil 3, Bl. 266 ff.

13 „Einschätzung der feindlichen Tätigkeit im Jahre 1968“ (Rostock, 9. Jan. 1969). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 20, Bd. 1, Bl. 31, 39.

14 1967: Paragraph 106 StGB: 23 Ermittlungsverfahren, Paragraph 220 StGB: vier Ermittlungsverfahren, Paragraph 213 StGB: 25 Ermittlungsverfahren. Vgl. „Übersicht über die von der BV Rostock im Jahre 1968 eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Vergleich zu 1967“ (Rostock, 6. Jan. 1969). Ebd., Bl. 64 ff.

15 Kowalczyk, Ilko-Sascha: „Wer sich nicht in Gefahr begibt...“. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition. In: Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 270.

16 Wolle, Stefan: Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling. In: APuZ B 36/92, S. 35–45, S. 43.

Im Bezirk Rostock tauchten Flugblätter gehäuft in Ferienorten auf. So zum Beispiel am 21. August auf dem Zeltplatz Lobbe/Kreis Rügen, wo sich zu dieser Zeit etwa 40 Urlauber aus der ČSSR aufhielten. Ein Transparent mit der Aufschrift: „Hände weg von der ČSSR“ wurde nach Aufforderung von den tschechoslowakischen Urlaubern entfernt.¹⁷ Auf dem in Trelleborg anlegenden Fährschiff „Saßnitz“ tauchten am 26. August 1968 zwei Flugblätter auf: „An alle friedliebenden Bürger der DDR. Ruft sofort eure Soldaten zurück“ – „In unserem Land gibt und gab es keine Konterrevolution. Die Auskünfte bei euch zu Hause sind falsch und einseitig. Novotny ist ein Verräter unseres Volkes.“¹⁸ Eine Fotomontage unter der Überschrift „Einmarsch in Prag“ wurde am 6. September im Schaukasten des Rates der Gemeinde Heringsdorf angebracht: zwei Panzer, der eine mit Jahreszahl 1968 mit Ulbricht, der andere mit Jahreszahl 1938 mit Hitler.¹⁹ Beliebte massenwirksame Orte waren auch Fußgängertunnel oder die Fahrplanauskünfte des Hauptbahnhofes Rostock.²⁰ Am 24. August verteilte ein fünfzehnjähriger Elektrohelfer der Neptunwerft 56 Flugblätter im Stadtgebiet von Rostock.²¹ In Barth tauchte am 7. September 1968 folgende Flugschrift auf: „Hakenkreuze für die Panzer/Rosen aus der Tschechei, Nieder mit die Ulbricht-Landser – Dann erst ist die Tschechei wieder frei. Auch bei uns wird's einmal knallen/Walter schlottern schon die Knie/Dann wird bald von Throne fallen/Dann trägt er schon eine MPI.“²²

Ein Protestschreiben gegen die „völkerrechtswidrige Einmischung“²³ haben am 22. August 1968 mutige Lehrlinge der Elbe-Werft Boizenburg verfaßt und dem FDJ-Sekretär übergeben:

„Das Lernaktiv ist mit dem Vorgehen der Warschauer Vertragsstaaten in der ČSSR nicht einverstanden. [...] Wir verurteilen das unnötige Blutvergießen. [...] Wir hoffen, daß die Truppen das tschechoslowakische Territorium möglichst schnell wieder verlassen und der Konflikt friedlich beigelegt wird.“²⁴

b) Losungen

Sehr verbreitet waren überall in der DDR auch die im MfS-Jargon „Hetzlosungen“ genannten kurzen Schriftzüge an öffentlichkeitswirksamen Orten wie in Bahnhofshallen, an Mauern, in Betriebshallen, an Brücken und auf Straßen. Ähnlich wie in den Flugblättern richteten sich die Losungen hauptsächlich gegen die Besetzung der ČSSR und forderten den Abzug der Truppen. Sehr häufig wurden auch Bekenntnisse zu Dubček geäußert.²⁵ Die Bezirksverwaltung des MfS in Rostock hatte etliche solcher Losungen zu verzeichnen. So war zum Beispiel in der Nähe der Ortschaft Golchen am 24. August und erneut am 27. August mitten auf der Straße zu lesen: „UdSSR – SS“ und „Bra-

17 Lageberichte 22. 8.–27. 8. 1968 (Berlin, 25. Aug. 1968). BStU, MfS, HA IX, MF, Nr. 1239, Band I, 6. Lagefilm.

18 Lageberichte 22. 8.–27. 8. 1968 (Berlin, 26. Aug. 1968). Ebd., Bd. 1, 10. Lagefilm, Bl. 51.

19 Lageberichte 27. 8.–13. 9. 1968 (Berlin, 7. Sept. 1968). Ebd., Bd. II, 33. Lagefilm, Bl. 16.

20 Lageberichte 22. 8.–27. 8. 1968 (Berlin, 23. Aug. 1968). Ebd., Bd. I, 4. Lagefilm, Bl. 19.

21 „Einschätzung der feindlichen Tätigkeit im Jahre 1968“ (Rostock, 9. Jan. 1969). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 20, Bd. 1, Bl. 36.

22 Lageberichte 27. 8.–13. 9. 1968 (Berlin, 8. Sept. 1968). BStU, MfS, HA IX, MF – 1239 Bd. II, 34. Lagefilm, Bl. 12.

23 Lageberichte 22. 8.–27. 8. 1968 (Berlin, 22. Aug. 1968). Ebd., Bd. I, 2. Lagefilm, Bl. 3.

24 Ebd., Bl. 3.

25 Wollé: Traum, S. 160.

vo ČSSR/Scheiße DDR.“²⁶ Am 13. September 1968 registrierte das MfS die Losung „Russe go home“ an einem Güterwagen der Deutschen Reichsbahn im Saßnitzer Hafen.²⁷ Ein weiterer Text am 26. August 1968 lautete: „Geht nach Hause Bolschewiken, Pfui.“²⁸ Eine Serie von Losungen wurde auch in Saßnitz an Parkbänken wie auch am Leuchtturm an der Mole angebracht.²⁹ Am 25. August 1968 hatte jemand ein Kalenderblatt vom 14. August 1968 am Bekanntmachungsbrett im Gebäude von Radio Rügen befestigt. Darauf war zu lesen: „Wenn Schlimmeres geschieht, ist nicht nur der schuldig, der es tut, sondern auch der, der es geschehen lässt.“³⁰ Etliche weitere solcher Losungen wurden dem MfS bekannt.

c) Mündliche Äußerungen

Der überwiegende Teil der im Zusammenhang mit dem Einmarsch ins Visier der Stasi geratenen Personen fiel durch „mündliche Hetze“ auf. In der Regel war das offener Widerspruch an den Arbeitsstellen, auf Versammlungen oder in Schulen und Universitäten. Oft reichte eine politische Bemerkung in einer Gaststätte oder an anderen öffentlichen Orten aus, um sich ein Ermittlungsverfahren einzuhandeln.

Schon seit Frühjahr 1968 registrierten die Kreisdienststellen und Bezirksleitungen des MfS besorgt ein „Ansteigen der Diskussionen“ in allen Bevölkerungskreisen. Menschen forderten Freiheit beim Meinungs- und Informationsaustausch sowie beim Reiseverkehr. Mit Blick auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei stellten nicht wenige DDR-Bürger fest, daß dies beweise, daß „unterschiedliche Wege zum Aufbau des Sozialismus möglich“ seien.³¹ Der 21. August 1968 brachte einen Einschnitt. So schrieb die BV Rostock, daß sich „besonders in den Monaten August, September und Oktober, im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR“ die „Hetze in mündlicher und schriftlicher Form“ verstärkte.³² Viele Menschen bezweifelten die Notwendigkeit, Rechtmäßigkeit und Richtigkeit der Intervention. Dies galt insbesondere für eine angebliche Beteiligung der NVA, die den DDR-Bürgern suggeriert worden war. Die Bevölkerung fragte zunehmend nach dem Selbstbestimmungsrecht der ČSSR und dem erheblichen Prestigeverlust für die sozialistischen Staaten. Die Intervention wurde mit dem Vietnamkrieg gleichgesetzt und als „Rückfall in die Stalin-Ära“ und Völkerrechtsbruch bezeichnet.³³ Stark

26 Lageberichte 22. 8.–27. 8. 1968 (Berlin, 27. Aug. 1968). BStU, MfS, HA IX, MF, Nr. 1239 Bd. I, Lagefilm, Bl. 72; Lagefilm über die Einsatzzeit vom 25. 8., 8.00 Uhr–26. 8. 8.00 Uhr (Neustrelitz, 25. Aug. 1968). BStU, MfS, BV Nbg, Ast Nbg, AS III, Nr. 9/70 Bd. 1, Bl. 369.

27 „Lageberichte 27. 8. – 13. 9. 1968“ (Berlin, 13. Sept. 1968); BStU, MfS, HA IX, MF, Nr. 1239 Bd. II, 45. Lagefilm, Bl. 5.

28 „Lageberichte 22. 8. – 27. 8. 1968“ (Berlin, 26. Aug. 1968); ebd., Bd. 1, 10. Lagefilm, Bl. 51.

29 „Lageberichte 22. 8. – 27. 8. 1968“ (Berlin, 26. Aug. 1968); ebd., Bd. 1, 10. Lagefilm, Bl. 53.

30 „Lageberichte 22. 8. – 27. 8. 1968“ (Berlin, 26. Aug. 1968); ebd., Bd. I, 8. Lagefilm, Bl. 44.

31 „Einzelinformation über die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Ereignisse in der CSSR und in der VR Polen und über damit im Zusammenhang zu sehende Vorkommnisse in der DDR“ (Berlin, 22. März 1968); BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1561, Bl. 6.

32 „Einschätzung der feindlichen Tätigkeit im Jahre 1968“ (Rostock, 9. Jan. 1969); BStU, MfS, BV Rst, Leiter 20, Bd. 1, Bl. 32.

33 „Einzelinformation über die Reaktion der Bevölkerung auf die Maßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten und das Kommuniqué über die Verhandlungen UdSSR – CSSR“ (Berlin, 3. Aug. 1968). BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1568, Bl. 35; „Die Reaktion der Bevölkerung auf die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Länder gegenüber der CSSR“ (Rostock, 11. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 19, Teil 3 von 3, Bl. 284.

kritisiert wurde auch die Informationstätigkeit der DDR-Medien.³⁴ Man könne nicht hinter allen Vorkommnissen „westliche Initiative und Einflüsse“ sehen.³⁵

In Baubetrieben in der Stadt Rostock wie unter Berufskraftfahrern im gesamten Bezirk verzeichnete das MfS in stärkerem Maße als in anderen Betrieben kritische Diskussionen. Dies galt auch für die technische Intelligenz im Kreis Grimmen sowie in Ribnitz. Es kursierten Gerüchte über größere Demonstrationen gegen den Einmarsch in den südlichen Bezirken der DDR. Auf Rügen führte das MfS die rege Diskussionsbereitschaft auf die zahlreichen Urlauber aus der ČSSR zurück, die meist eine ablehnende Haltung zum Einmarsch hatten und diese den Einwohnern nicht vorenthielten. Überhaupt sah das MfS in den Bürgern der ČSSR ein Unruhepotential. Nach einem MfS-Bericht vom 28. August 1968 hielten sich im Bezirk Rostock mit 206 Arbeitern die meisten tschechoslowakischen Arbeitskräfte auf.³⁶ Tatsächlich verzeichnete das MfS in den ersten Tagen nach dem Einmarsch eine Reihe von Arbeitsniederlegungen und „Provokationen“ durch tschechoslowakische Arbeitskräfte. So legten am 21. August 1968 im VEB Fischwerke Saßnitz 50 studentische Saisonkräfte aus der ČSSR aus Protest die Arbeit nieder, einige Studenten fertigten Transparente und Resolutionen an, mit denen sie die Rückkehr in die ČSSR forderten. Zu ähnlichen Aktionen tschechoslowakischer Bürger kam es im VEB Warnowwerft Warnemünde, im Hotel „Haus am Meer“ in Lubmin und im Interhotel „Warnow“ in Rostock.³⁷

Einen besonderen Schwerpunkt der „Feindtätigkeit“ registrierte das MfS im Arbeitskollektiv der Bordelektriker im VEB Mathias-Thesen-Werft in Wismar. Schon seit Jahren, so die Einschätzung des MfS, wurden hier heftige Diskussionen über verschiedene gesellschaftliche Fragen geführt. Alle 22 Brigademitglieder verfolgten die Westmedien und tauschten sich offen darüber aus. Im März 1968 bearbeitete das MfS mehrere Personen aufgrund einer inoffiziellen Information operativ, am 24. August 1968 leitete das Organ den Operativen Vorgang (OV) „Schakale“ ein. Im Bericht eines Inoffiziellen Mitarbeiters (IM) vom 21. August 1968 heißt es: „In puncto neuer Verfassung wurde kein Wort verloren. Die meisten wissen zum großen Teil gar nicht um was es da geht. Anders verhielt es sich mit der ČSSR. Dort ging es hoch her.“³⁸ Insbesondere zwei SED-Mitglieder hätten sich ausgesprochen aktiv beteiligt. Seit Jahren seien sie gegenüber ihren Arbeitskollegen mit „negativen Äußerungen“ zu den aktuellen Tagesereignissen aufgetreten, seit Herbst 1968 dann besonders gegen die militärische Niederschlagung der neuen Bewegung in der ČSSR. Sie haben den Einmarsch als Ansatzpunkt für eine alles umfassende Kritik am Staat, an der Gesellschaft und am Sozialismus genommen. Am 28. August wurden sie festgenommen, am 18. November 1968 gemäß der Paragraphen 106 und 108 StGB zu zwei bzw. drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt.³⁹

Nicht nur in Volkseigenen Betrieben stieß die Stasi auf kritische Stimmen. In Grimmen äußerte der selbstständige Handwerker Hermann O., geboren 1900, über Jahre hinweg seine „negative“ Einstellung zur Situation in der DDR gegenüber Kunden. Funktionäre

34 „Einzelninformation über die Reaktion der Bevölkerung auf die Maßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten“ (Berlin, 22. Aug. 1968). BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1568, S. 3 ff.

35 „Einzelninformation über die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Vorkommnisse in der CSSR und in der VR Polen“ (Berlin, 15. März 1968). Ebd., Nr. 1561, Bl. 5.

36 „Zusammenfassung der politisch-operativen Situation unter den CSSR-Arbeitskräften in der Volkswirtschaft der DDR“, (Berlin, 28. Aug. 1968). BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 5436, Bl. 43, 45 ff.

37 Lagefilm über die Einsatzzeit vom 24. 8. 68, 8 Uhr – 25. 8. 68, 8 Uhr (Neustrelitz, 21. Aug. 1968). BStU, MfS, BV Nbg, Ast Nbg, AS III, Nr. 9/70 Bd. I, Bl. 337.

38 BStU, MfS, BV Rst, AOP, Nr. 150/69, Bl. 6, 58.

39 Ebd., Bl. 105.

bezeichnete er als „Nichtstuer“ und „Bonzen“, die Lebensverhältnisse als unfrei und den Einmarsch vom 21. August 1968 als „schmutzige Handlungsweise der Sowjetunion und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR.“⁴⁰ Es sei eine „generelle Eigenart der Sowjetunion, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, wie z. B. 1953 in der DDR.“ Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde im Juli 1969 wegen „psychischen Abweichungen“ eingestellt.⁴¹ Ähnlich hatte in Plau ein 1937 geborener selbständiger Taxifahrer gegenüber Fahrgästen immer wieder seine Meinung kundgetan. Als Motivation gab er laut Akte „Meinungsaustausch“ an. Auf die Reaktionen der Fahrgäste angesprochen, sagte er, daß ein Teil gar nicht reagiert hätte, andere wiederum hätten widersprochen, so wäre jeder bei seiner Meinung geblieben.⁴² Er wurde am 7. September 1968 verhaftet und drei Monate später zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Er verlor für drei Jahre seine Gewerbeerlaubnis.⁴³

d) Passive Verweigerung

Ende August und Anfang September 1968 schwärmten Funktionäre der SED und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) aus, um in Betrieben, Schulen und Hochschuleinrichtungen Versammlungen zur „Aufklärung“ abzuhalten und Unterschriften für die Zustimmung zur Intervention einzufordern. Die meisten unterschrieben. Warum in Dinge einmischen, die man sowieso nicht ändern kann? Andere, anscheinend Tausende DDR-Bürger, verweigerten jedoch die Unterschrift.⁴⁴ Die Verweigerung durchzog nahezu alle Betriebe und Einrichtungen der DDR. Schwerpunkt waren Industriebetriebe.⁴⁵

Im Bezirk Rostock verweigerten Mitarbeiter des Funkamtes Rügen-Radio, Ingenieure des Fischkombinats Rostock und des Milchkombinats Stralsund die Unterschrift.⁴⁶ Am 23. August 1968 war auch in der Produktionsgenossenschaft (PGH) „Elektronik“ in Grevesmühlen eine Versammlung zu den ČSSR-Ereignissen geplant. Als der Parteisekretär in die Werkstatt kam, sagten die Kollegen, sie wüßten schon, was er wolle. Der Parteisekretär erwiderte, dann brauche er ja nichts mehr zu sagen. Er ging unverrichteter Dinge.⁴⁷ Im VEB Bau Grevesmühlen verließ eine ganze Brigade am 23. August 1968 eine Versammlung zur Intervention. Weitere passive Protestformen waren der Austritt aus gesellschaftlichen Organisationen oder die Ankündigung von Funktionsniederlegungen. Die BV Rostock berichtete von der Verweigerung der Zahlung der Beiträge für die Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).⁴⁸

40 Sachstandsbericht (Rostock, 26. Juni 1969). BStU, MfS, AS, Nr. 310/71 Bd. 7, Bl. 70–73.

41 Ebd., Bl. 70–73; „Vorschlag zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens“. BStU, MfS, AS, Nr. 310/71, Bd. 7, Bl. 66–69.

42 Gerichtsakte, BStU, MfS, BV Swn, Ast Swn, AU, Nr. 14/69.

43 Lageberichte 27. 8. – 13. 9. 1968 (Berlin, 7. Sept. 1968). BStU, MfS, HA IX, MF, 1239 Band II, 33. Lagefilm, Bl. 6; Gerichtsakte. BStU, MfS, BV Swn, Ast Swn, AU, Nr. 14/69; Beurteilungsblatt (Berlin, 7. Sept. 1968). BStU, MfS, HA IX, Nr. 17631, Bl. 46.

44 Diese geschätzte Zahl (genaue statistische Angaben gibt es darüber nicht) läßt sich vor allem anhand der Stimmungsberichte rekonstruieren, die von der SED und dem MfS angefertigt worden waren.

45 Wolle: DDR-Bevölkerung, S. 43.

46 „Die Reaktion der Bevölkerung auf die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Länder gegenüber der CSSR“ (Rostock, 11. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 19, Teil 3 von 3, Bl. 266–286.

47 Informationsbericht, Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei (Rostock., 24. August 1968). BStU, MfS, BV Rst, Stv Op, Nr. 21, Bl. 100.

48 „Die Reaktion der Bevölkerung...“ (Rostock, 11. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 19, Teil 3 von 3, Bl. 279.

Die Situation unter der Jugend

Laut Staatssicherheit beschäftigten sich auch die Jugendlichen in der DDR mit der Lage in der Tschechoslowakei.⁴⁹ Verschärft beobachtete das MfS Zusammenschlüsse von Jugendlichen. Im Bezirk Rostock wurden am 29. August 1968 Ermittlungsverfahren gemäß der Paragraphen 215 („Rowdytum“), 213 („versuchter illegaler Grenzübertritt“) und 106 StGB gegen sechs jugendliche Facharbeiterlehrlinge zwischen fünfzehn und achtzehn Jahren eingeleitet. Im April 1968 hatten sie in Anlehnung an einen ähnlichen Zusammenschluß in Greifswald einen „Rolling-Stones-Club“ (RSC) in Wolgast gegründet.⁵⁰ Anfänglich hatte der Club das Ziel, Beat-Musik in der DDR zu verbreiten.⁵¹ Zu diesem Zweck fuhren sie auch nach Greifswald und nach Berlin. Der Maurerlehrling F., der zu dieser Gruppe gehörte, gab zu Protokoll, sich nur für „heiße Musik“ westlicher Länder zu interessieren.⁵² Das änderte sich allerdings bald, wie sich aus Aussagen des Beschuldigten Z. ergibt: „Durch den Umstand, daß wir untereinander häufig davon sprachen, daß das ständige Hören der Beat-Musik in der DDR nicht erwünscht ist, gelangte ich zu der Auffassung, daß es in der DDR keine Freiheit in kultureller Hinsicht geben würde.“ Die Mitglieder des RSC waren insbesondere bei den Ereignissen in der ČSSR immer auf dem aktuellen Stand. „Dieses war überhaupt meine einzige Informationsquelle in politischer Hinsicht.“ Clubmitglieder erfuhren von gleichgesinnten Jugendlichen in der Tschechoslowakei. „Aufgrund dieser Tatsache fühlte ich mich mit ihnen verbunden und bin dann auch offen dafür eingetreten“, so Z.⁵³ Am 27. August 1968 brachte die Gruppe in Wolgast Losungen gegen den Einmarsch an Häuserwänden an. Einem Polizeiposten riefen sie entgegen: „Russen raus. Es lebe Dubček.“⁵⁴ Die älteren Jugendlichen erhielten Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr und zehn Monaten gemäß Paragraph 106 StGB. Der Schlosser B. gehörte zu ihnen. Trotz seiner staats- und parteitreuen Familie, die sein Verhalten verurteilte, blieb er seiner politischen Einstellung über Jahre hinweg treu. Im Mai 1977 kam er erneut mit der Allmacht des Staates in Berührung, als er während seines Wehrdienstes gegenüber Kollegen und Vorgesetzten kritisierte, daß die DDR die Menschenrechte verletze, sich nicht an internationale Abkommen und Vereinbarungen hielte und eine arbeiterfeindliche, diktatorische Politik betreibe. Er wurde 1978 erneut zu drei Jahren Haft verurteilt. Im März 1981 durfte er ausreisen.⁵⁵

Eine andere Gruppe, die sich im Herbst 1968 zusammengefunden hatte, wurde seit April 1969 durch die Kreisdienststelle (KD) Stralsund operativ bearbeitet. Gegen insgesamt fünf jugendliche Lehrlinge und Hilfsarbeiter wurde am 9. April 1968 ein Ermittlungsverfahren gemäß der Paragraphen 106 und 214 StGB („Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“) eingeleitet. Zur Motivation sagte der achtzehnjährige Joachim S. aus: „Dabei hatte ich solche Vorstellung, daß wir als Gruppe etwas unternehmen könnten, um mitzuhelfen, die Verhältnisse in der DDR zu verändern. Ich glaubte, daß auch in der DDR eine ähnliche Entwicklung wie in der ČSSR vor dem

49 „Zusammenfassende Einschätzung der politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen“ (Berlin, 23. Jan. 1969). BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, Bl. 210.

50 Vernehmungsprotokoll Z. (Wolgast, 29. Aug. 1968). BStU, MfS, HA IX, Nr. 18194, Bl. 24.

51 Vernehmungsprotokoll Z. (Wolgast, 29. Aug. 1968). BStU, MfS, BV Rst, AU, Nr. 2792/68, Bd I, Bl. 30.

52 Vernehmungsprotokoll F. (Rostock, 3. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Rst, AU, Nr. 2792/68, Bd I, 128 f.

53 Vernehmungsprotokoll Z. (Wolgast, 29. Aug. 1968). BStU, MfS, BV Rst, AU, Nr. 2792/68, Bd I, Bl. 32.

54 BStU, MfS, BV Rst, AOP, Nr. 975/69. BStU, MfS, BV Rst, AOP, Nr. 645/69.

55 Beurteilungsblatt, BStU, MfS, HA IX, Nr. 18194, Bl. 22; „Vorschlag zur Übersiedlung in die BRD“ (Wolgast, 11. März 1981). BStU, MfS, ZKG, Nr. 268, ZMA, V/29/13/05, Bl. 268–274.

21. 8. 1968 eintreten würde.“⁵⁶ Am 22. Dezember 1969 wurden die jungen Leute zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und acht Monaten bis zu drei Jahren und sechs Monaten gemäß der Paragraphen 106 und 108 StGB verurteilt.⁵⁷

Diese Beispiele verdeutlichen den verbreiteten Wunsch der Jugend nach größerer persönlicher Freiheit, insbesondere in Bezug auf Musik, Kleidung und Haarschnitt, was als Ausdruck von Individualität empfunden und im „Staat der Gleichförmigkeit und Uniformität“ unterdrückt wurde. In diesem Wunsch wurden viele Jugendliche besonders durch die Entwicklung in der Tschechoslowakei bestärkt.

In Schwerin entlud sich dieser Wunsch Anfang September in einer kleinen Explosion. Mehrere hundert Jugendliche versammelten sich spontan auf dem Leninplatz.⁵⁸ Zu ähnlichen, jedoch weitaus kleineren Ansammlungen kam es auch im Bezirk Rostock. So solidarisierten sich in der Jugendherberge Heringsdorf 60 bis 80 Jugendliche mit Dušek und setzten aus Protest die ČSSR-Fahnen auf Halbmast.⁵⁹

Es gab aber auch Einzelakteure, wie den sechzehnjährigen Schüler Wolfgang M., der in jugendlichem Eifer am 23. August 1968 mit seinem Kofferradio und einer daran befestigten handschriftlichen Losung: „Freiheit für die ČSSR“ durch die Straßen von Wismar zog und forderte, die Besatzungstruppen müßten aus der Tschechoslowakei abgezogen werden. Er wurde in einer Aussprache von seinem „Fehler“ überzeugt.⁶⁰ Ein Schüler der 12. Klasse in Greifswald, Karl Heinz B., schickte ab September 1968 Briefe an die BBC London, Sendereihe „Briefe ohne Unterschriften“, in denen er zum Widerstand gegen die Verhältnisse in der DDR aufrief. Er sprach von der Schule in der DDR als „ideologische[r] Drillanstalt“. Über die Stimmung der Jugendlichen seiner Klasse in Bezug auf den Einmarsch schrieb er: „Der größere Teil der Schüler stimmt leider den Maßnahmen der Warschauer Paktstaaten bei.“ Er selbst schwieg. „Gegenteiliger Meinung durfte man nicht sein, da ich zur Oberschule gehe, kann man mich schnell von der Schule entfernen.“ Laut IM-Berichten war er schon 1963, mit dreizehn Jahren, zum „absoluten Gegner“ des Staates geworden, nachdem ihm die Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter in der Bundesrepublik versagt worden war. Die musikalische Leidenschaft des Beat-Anhänger und der jugendliche Freiheitsdrang und Widerspruchsgeist taten ihr übriges. Seit dem 31. August 1970 in Untersuchungshaft, wurde er am 23. März 1971 zu zwei Jahren Haft verurteilt.⁶¹

Die Situation an den Universitäten

Bei den Reaktionen an den Universitäten ist die Quellenlage durch eine Besonderheit gekennzeichnet: Stärker als in anderen gesellschaftlichen Bereichen gab es hier Zusammenhänge und Vernetzungen über die Bezirksgrenzen hinaus, und entsprechend waren Aufmerksamkeit und Interesse der Sicherheitsorgane besonders auf zusammenfassende Einschätzungen für das gesamte Hoch- und Fachschulwesen der DDR gerichtet. Auf

56 Vernehmungsprotokoll (Rostock, 25. Apr. 1969). BStU, MfS, BV Rst, AU, Nr. 1871/70, Bd. 1, Bl. 338.

57 Informationsbericht (Berlin, 12. Apr. 1969). BStU, MfS, AS, Nr. 310/71 Bd. 7, Bl. 116–121; Sachstandsbericht (Berlin, 25. Apr. 1969). BStU, MfS, AS, Nr. 310/71, Bd. 7, Bl. 291–300; BStU, MfS, BV Rst, AU, Nr. 1871/70.

58 Bericht (Schwerin, 9. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Swn, AOPK, Nr. 486/80/ Bl. 12 ff.

59 „Einzelinformation über die Reaktion der Bevölkerung ...“ (Berlin, 22. Aug. 1968). BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1568, S. 8.

60 Lageberichte 22. 8.–27. 8. 1968 (Berlin, 25. Aug. 1968). BStU, MfS, HA IX, MF, Nr. 1239, Bd. I, 6. Lagefilm, Bl. 27.

61 BStU, MfS, BV Rst, AOP, Nr. 939/71, Bl. 14, 69, 73.

Aussagen, die dabei allgemein getroffen werden, kann und muß auch bei der Beurteilung von Vorgängen an den Universitäten Rostock und Greifswald zurückgegriffen werden.

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen und der ČSSR häuften sich seit März 1968 die Anzeichen von Protest an den Universitäten der DDR.⁶² Die Universitäten Rostock und Greifswald tauchten beide in den Listen der operativen Schwerpunkte bezüglich der „staatsfeindlichen Hetze“ wie auch der „staatsfeindlichen Gruppen“ weit vorn auf.⁶³ Insgesamt wurden nach dem 21. August 1968 an den Hochschuleinrichtungen der DDR insgesamt „127 Disziplinarverfahren wegen politischer Vergehen [...] durchgeführt“.⁶⁴ An der Universität Greifswald kam es zu sechs Disziplinarverfahren gegen insgesamt sieben Studenten wegen politischer Vergehen. Damit rangierte die Universität, gemeinsam mit der Technischen Universität Dresden und nach der Humboldt-Universität Berlin, auf Rang zwei.⁶⁵ Zu diesen gering erscheinenden Zahlen müssen noch die statistisch schwer erfäßbaren Reglementierungen, wie die Verweigerung des weiteren Studiums oder die zwangsweise „Bewährung“ in der Produktion, gezählt werden.⁶⁶

Sehr interessant im Zusammenhang mit den Aktivitäten an der Universität Greifswald ist ein vom MfS aufgezeichneter Ausschnitt aus der westdeutschen *Pommerschen Zeitung*. Das Datum fehlt leider. In den dort abgedruckten Aufzeichnungen eines Studenten heißt es:

„Seid listig. Ich habe an einer Studentendebatte teilnehmen können, wo man sich in einer Privatwohnung unter Freunden über das Vorgehen der polnischen Studenten unterhielt. Die Greifswalder Meinung dazu kann man auf folgende Grundnenner bringen: 20 sowjetische Besatzungsdivisionen zu je 15 000 Mann in der Sowjetzone sind ein Faktor, der unsere Haltung bestimmen muß. Wir können wegen dieser Besatzungstruppen hier nicht einfach auf die Straße gehen. [...] Wir müssen deshalb listig sein und eine offene Auseinandersetzung, in die die Sowjettruppen eingreifen würden und bei der uns der Westen mit Sicherheit im Stich läßt, verhindern. In der jetzigen Phase der Entwicklung müssen wir die Ausstrahlung der Ereignisse an den polnischen und tschechischen Universitäten weiter wirken lassen und dadurch verstärken, daß wir keine öffentliche Agitation, sondern eine stille betreiben. Die offene Konfrontation wäre Selbstmord. Also heißt es, den geistigen Widerstand im stillen zu stärken.“⁶⁷

Solche Gespräche im Verborgenen fanden in vielen Wohnungen statt und stärkten auf lange Sicht die Herausbildung von oppositionellen Strukturen.

Generell ging das MfS davon aus, daß „Angehörige der naturwissenschaftlichen, medizinischen und technischen Intelligenz“ eine besonders ausgeprägte „Diskussionsbereitschaft“ an den Tag legten.⁶⁸

Ein MfS-Bericht zur „politisch-ideologischen Situation unter den Studenten“ vom 20. Januar 1969 stellte fest, daß sich außerdem kirchliche studentische Kreise an den Universitäten immer stärker für politische Probleme interessierten. So bemühten sich Mitglieder

62 Wolle: Traum, S. 128.

63 „Einschätzung der politisch-operativen Lage im Hoch- und Fachschulwesen der DDR“ (Berlin, 24. Jan. 1969). BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, Bl. 101 ff.

64 Wolle: Traum, S. 195.

65 „Information zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten“ (Berlin, den 20. Jan. 1969). BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4728, Bl. 19.

66 Wolle: Traum, S. 195.

67 „Einschätzung der feindlichen Tätigkeit im Bezirk Rostock“. BStU, MfS, BV Rst, Leiter 20, Bd. 2, Bl. 246.

68 „Die Reaktion der Bevölkerung...“ (Rostock, 11. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 19, Teil 3 von 3, Bl. 266–286.

der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) auch an der Universität Greifswald darum, Positionen in den FDJ-Leitungen zu erringen.⁶⁹ Heiko Lietz, bis 1966 Student der Theologie an der Universität Rostock, danach Bausoldat der NVA in Torgelow, sammelte Unterschriften für ein von ihm verfaßtes Protestschreiben in seiner Militäreinheit, das quasi die Verweigerung des Marschbefehls bedeutete. Der Theologe sollte später durch seine fortwährende Bürgerrechtsarbeit im Norden der DDR bekanntwerden.⁷⁰ Er legte besonderen Wert auf überregionale Vernetzung, organisierte Aktivitäten zu besonderen Anlässen und stand mit Bürgerrechtsgruppen im ganzen Land in Kontakt. Anfang der achtziger Jahre lief mit Heiko Lietz auch im Bezirk Rostock die Friedenskreisarbeit an.

Einen sehr guten Eindruck der Lage an der Universität Rostock bieten die monatlichen „Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989“. Die Ereignisse des 21. August 1968 hätten aus Sicht des Prorektors eine gewisse Schockwirkung ausgelöst, die aber schnell wochenlangender Hektik gewichen sei. In den folgenden Tagen organisierten die Parteileitungen eine Fülle von Veranstaltungen. Die Zustimmungserklärungen, die auf diesen Veranstaltungen vorgelegt wurden, unterschrieb die Mehrheit der Anwesenden.⁷¹ Daneben gab es aber auch anderslautende Stimmen, die in öffentlichen Vorträgen und Diskussionen zu Wort kamen. So wurde am Institut der Physik der Diplom-Physiker F. operativ bearbeitet, da er, laut MfS, erreicht habe, daß sechzehn Assistenten die Zustimmungserklärung nicht unterzeichneten. „Hochbrisante Fragen“ wurden aus der Landwirtschaftlichen wie auch aus der Philosophischen Fakultät bekannt. Am Institut für Körpererziehung mußten die Lehrkräfte durch neun Genossen anderer Institute verstärkt werden, um die „erhöhte kritische Diskussionsbereitschaft“ der Studenten zu ersticken. Am 2. Dezember 1968 hatten Studenten „massive Kritik“ geäußert: „Unsere wahre Meinung z. B. zu den Vorgängen in der ČSSR können wir mit Rücksicht auf unser weiteres Studium noch nicht sagen. [...] Mit Unterschriftenaktionen werden wir nur zum Heucheln angehalten.“⁷² Solche Vorkommnisse häuften sich, so daß nach dem 21. August 1968 der sonst monatliche Bericht nun für längere Zeit wöchentlich erstattet werden mußte.

Sagenhafte 30 Bände Aktenmaterial produzierte das MfS im Zentralen Operativen Vorgang „Prix“/ Nr. XV 2463/70 bei der operativen Bearbeitung von fünfzehn ehemaligen Studenten der Martin-Luther-Universität Halle, die sich in den Jahren 1962–1967 regelmäßig trafen, um miteinander zu diskutieren. Unter dem Eindruck der Liberalisierungsentwicklungen in der Tschechoslowakei ließen sie sich, wie das MfS schrieb, dazu hinreißen, an ihren Arbeitsorten „staatsfeindliche Gruppen“ zu bilden und untereinander Kontakt zu halten. „Dabei haben sich die Personen in ihrer Zielstellung auf eine Liberalisierung der Staats- und Gesellschaftsordnung analog der Ereignisse in der ČSSR konzentriert.“⁷³ Weiterhin sollte monatlich ein Informationsblatt herausgegeben werden. Im Rahmen des ZOV „Prix“ wurden nach und nach auch in den Bezirken Berlin, Halle, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Suhl, Rostock und Neubrandenburg Untersuchungen eingeleitet. Interessant ist die Beurteilung des in Rostock tätigen wissenschaftlichen

69 „Information zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten“ (Berlin, 20. Jan. 1969). BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4728, Bl. 11.

70 Kowalczyk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hrsg.): Für Ein Freies Land mit Freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 216.

71 Wockenfuß, Karl (Hrsg.): Streng Vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989, 2. Auflage. Rostock 2002, S. 75.

72 „Einschätzung der politisch-operativen Lage im Hoch- und Fachschulwesen der DDR vom 24. 01. 1969“. BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, S. 75 ff., 128.

73 „Abschlußbericht zum ZOV Prix“ (Berlin, 5. Juli 1974). BStU, MfS, HA XX/6767, Bl. 9.

Assistenten Günter B. Er gab Auskunft über die Situation an der Universität Rostock, Sektion Mathematik. Auf der oberen Ebene werde ihm kein Verständnis für seine politischen Überzeugungen entgegengebracht, wohl aber im Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter.⁷⁴ Mit der Verhaftung und Verurteilung eines anderen, an der HU Berlin tätigen Mitgliedes des im ZOV „Prix“ überwachten Kreises im August 1970,⁷⁵ setzte in der Gruppe ein „Zersetzungsprozeß“ ein. Der Versuch, Organisationszusammenhänge aufzubauen, schlug fehl.

Die Unruhe und die Erregung an den Universitäten ließ Ende des Jahres 1968 schließlich nach. Rektor Heidorn meldete, daß die Ereignisse im allgemeinen „von einem gesunden Klassenstandpunkt aus“ begrüßt würden.⁷⁶

Reaktionen aus Kunst und Kultur

Auch in der Kunst- und Kulturszene regte sich trotz der fehlenden Unterstützung namhafter Repräsentanten im Land Widerspruch. So konstatierte ein zusammenfassender 51-seitiger Abschlußbericht des MfS vom Januar 1969 „Mängel und Schwächen in der politisch-ideologischen Wirksamkeit des Staatsapparates auf dem kulturellen Bereich“. Die Abteilungen Kultur seien häufig mit Personen besetzt, „die oftmals den politisch-ideologischen, fachlichen und moralischen Anforderungen nicht entsprechen“. Dies wurde unter anderem auch im Bezirk Rostock festgestellt. So seien relativ große Teile der Künstlerverbände sowie der Leitungen und Dozenten der Kunsthoch- und -fachschulen sowie der Theater „vor konsequenten politisch-ideologischen Auseinandersetzungen bewußt zurückgewichen“.⁷⁷

Als Theater „mit Unsicherheitsfaktoren“ im Bezirk Rostock stufte das MfS das Vereinigte Theater Stralsund-Putbus und die Theater in Rostock und Wismar ein. Auch der Rostocker Bezirksverband der bildenden Künstler wurde vom MfS zum operativen Schwerpunkt erklärt. Unter dem Einfluß der drei anerkannten Künstler J., N. und K. hätten sich hier „drei Gruppierungen negativer Kulturschaffender [gebildet], die die politische und künstlerische Situation im Bezirksverband wesentlich beeinflussen und bestimmen“ würden.⁷⁸ Schon seit 1956 wurde der freischaffende Bildhauer und Vorsitzende des Rostocker Bezirksverbandes J. wegen Verdachts auf „staatsfeindliche Gruppenbildung“ mit zwölf weiteren Personen „bearbeitet“.⁷⁹ Gemeinsam mit einigen Ärzten und anderen Intellektuellen verweigerte er jetzt die Unterschrift unter eine Zustimmungserklärung zum Einmarsch in die ČSSR. Die „Gefährlichkeit der Gruppe um J. besteht darin, daß sich ihr Einflußbereich auf einen großen Teil bildender Künstler des Bezirkes erstreckt und Verbindungen zu den negativen Gruppen um N. und K. sowie zu Prof. R. vom Institut für Kunstwissenschaften der Universität Greifswald bestehen“.⁸⁰ Das Verhalten von J. wird als zwiespältig beschrieben. Obwohl „überzeugungsmäßiger Marxist“, sei er „ein Gegner der Form des Sozialismus, wie ihn Partei und Regierung in der DDR verwirklichen“. Gegenüber leitenden Funktionären befürworte er aber stets die Politik der SED⁸¹

74 ZOV „Matte“. BStU, MfS, BV Rst, Ast Rst, Nr. 389/72, Bd. IV, Bl. 199.

75 „Einschätzung“ (Rostock, 16. März 1970). BStU, MfS, BV Rst, Ast Rst, Nr. 389/72, Bl. 219.

76 „Einschätzung der politisch-operativen Lage im Hoch- und Fachschulwesen der DDR vom 24. 01. 1969“. BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, S. 76.

77 „Zusammenfassender Bericht über die politisch-operative Lage in den Bereichen Kultur und Massenmedien“ (Berlin, Jan. 1969). BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, Bl. 161 f.

78 Ebd., Bl. 176 f.

79 BStU, MfS, HA XX, Nr. 10345, Bl. 2.

80 „Zusammenfassender Bericht über die politisch-operative Lage in den Bereichen Kultur und Massenmedien“ (Berlin, Jan. 1969). BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, Bl. 178.

81 BStU, MfS, HA XX, Nr. 10345, Bl. 2.

So wird vom MfS auch erfaßt, daß J. 1971 seine Haltung gegenüber dem Einmarsch in die ČSSR mittlerweile geändert habe. Einige andere Künstler der Region, wie der Bildhauer B. oder der Kunstmaler W., äußerten sich ablehnend zum Einmarsch, blieben dabei und ließen sich auch durch Geschrei nach Widerruf nicht umstimmen. Wiederum andere hielten sich von vornherein zurück und meinten, ihre Aufgabe läge nicht in der Politik, sondern darin, zu malen und damit ihren Beitrag für eine friedliche Gesellschaft zu leisten.⁸²

Insgesamt wurden in der DDR zum Zeitpunkt der Niederschlagung des Prager Frühlings auf dem Gebiet der Kultur in dreizehn Operativen Vorgängen und in 40 Vorlauf-Operativ-Vorgängen Personen bearbeitet, die meisten davon in den Bezirksverwaltungen Berlin, Leipzig, Dresden und Rostock.⁸³

Resümee

Wie ist nun die Bedeutung von 1968 für das Protest- und Oppositionsverhalten der Menschen in Rostock zu beurteilen? Dieser Artikel hat die unmittelbaren Reaktionen der Menschen im Nordbezirk Rostock auf den Prager Frühling und dessen Niederschlagung dargestellt. Dabei wurde jeweils auf die verschiedenen Formen sowie die Reichweite und Wirkung von Aktionen eingegangen. Außerdem wurde versucht, die Motivationen und Absichten sowie die individuellen Lebenssituationen der Handelnden einzufangen. Es wurden deutlich die Unterschiede im politischen Verhalten der verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus aufgezeigt. Folgende Schlüsse können aus dieser Untersuchung gezogen werden: Die Bedeutung der Ereignisse für die Geschichte der DDR im Bezirk Rostock ist ähnlich wie in der gesamten DDR einzuschätzen. Der Prager Frühling löste auch hier eine spontane Protestwelle aus, die den Sicherheitsorganen höchste Aufmerksamkeit und Einsatzbereitschaft abforderte und sich in einer signifikant erhöhten Anzahl von unmittelbar eingeleiteten Ermittlungsverfahren widerspiegelte. Diese Welle wurde von Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten getragen. Zum größten Teil waren es – wie im gesamten Land – Arbeiter, die nach der Niederschlagung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei ihrer Unzufriedenheit mit den unfreien Lebensverhältnissen im SED-Staat Luft machten. Gerade junge Menschen äußerten ihren Protest durch das Verteilen von Flugblättern und das Anbringen von Losungen an öffentlichkeitswirksamen Orten. Daß eine Öffentlichkeitswirksamkeit nicht erreicht wurde, lag an der hohen Einsatzbereitschaft der DDR-Sicherheitsorgane wie auch an der als gering einzuschätzenden Aufnahmebereitschaft der breiten Bevölkerung. So muß auch davon ausgegangen werden, daß viele DDR-Bürger das Anbringen von Losungen eher als Randalen denn als Protest wahrnahmen und sich über die „Schmierereien“ an den Häuserwänden ärgerten. Ältere Arbeiter äußerten sich vorwiegend in Diskussionen in ihrem Arbeitskollektiv und brachten ihr Unverständnis durch die Verweigerung von Unterschriften unter Zustimmungserklärungen und das Fernbleiben von entsprechenden Versammlungen zum Ausdruck. Generell äußerten Arbeiter in den VEB ihren Protest weitestgehend einzeln, unkoordiniert, spontan und ohne konkrete Zielsetzung. Nicht selten brach er eher ungewollt, nach einer längeren Phase der erzwungenen Selbstkontrolle hervor. Auch durch die enthemmende Wirkung von Alkohol konnten solche Ausbrüche ausgelöst werden. Andere äußerten ihren Unmut seit Jahren und wurden erst unter der erhöhten Aktivität des MfS 1968 gefaßt.

82 „Die Reaktion der Bevölkerung ...“ (Rostock, 11. Sept. 1968). BStU, MfS, BV Rst, Leiter 19, Teil 3 von 3, Bl. 282.

83 Ebd., Bl. 198.

Gerade die Arbeiter in den VEB hatten einen Referenzrahmen, der keine Möglichkeit zur Handlungsabstimmung im kollektiven Rahmen, zur Regulierung und Professionalisierung einzelner Widerstandsformen vor Ort ließ.⁸⁴ Schon durch jede Vorbereitungs-handlung setzte sich der Handelnde der Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung aus und wurde von der Bevölkerungsmehrheit stigmatisiert und isoliert. Da der Sinn von Protest von dem überwiegenden Teil der Menschen aufgrund des Risikos und der fehlenden unmittelbaren Erfolgsaussichten als unvernünftig und unangebracht angesehen wurde, sprachen sie sich gegen Widerstandshandlungen per se aus. Das Kollektiv verurteilte die Handlungen – offiziell und inoffiziell. Forderte man Dinge, die angesichts der Lebenswirklichkeiten der Diktatur kaum realistisch erschienen, galt man als „Spinner“. Nach der eigenen „Disziplinierung“ trat man im Normalfall nicht wieder politisch in Erscheinung.

Weiterhin stellte die Stasi fest, daß gerade Handwerker und privatwirtschaftlich tätige Personen ihre unliebsamen politischen Ansichten zum Teil schon über Jahre hinweg ihren Kunden mitgeteilt hatten.

Die relativ hohe Zahl von tschechoslowakischen Staatsbürgern im Bezirk Rostock wie auch die Zahl der Urlauber sorgte zwar für einen Anstieg der „schriftlichen und mündlichen Hetze“. Eine Ausweitung dieses Protests oder Beeinflussung durch diese Protestäußerungen auf die einheimische Bevölkerung ist aber nicht ersichtlich.

Innerhalb der Jugend konnten die Einflüsse der sogenannten „Beat-Revolution“ und die Bestärkung der Forderungen nach mehr Freiheit und Individualität im Alltag, gerade in Bezug auf die Musik, durch die Liberalisierung in der Tschechoslowakei und die Niederschlagung des Prager Frühlings klar aufgezeigt werden. Für Jugendliche, die sich, wie der „RSC“ in Wolgast, durch die Ereignisse in der ČSSR in diesem Verlangen bestärkt fühlten und die starre Rentner-Obrigkeit der DDR ablehnten, war der Prager Frühling eine einschneidende Erfahrung. Dem Bezirksorgan des MfS wurde durchaus bewußt, wie schnell sich auch hier die enthemmende Wirkung einer Gruppendynamik unter Jugendlichen expulsiv in Widerstandshandlungen umsetzen konnte. Junge Leute suchten ihr Verlangen nach mehr Liberalität im Alltag sowohl durch Einzelaktionen als auch in Zusammenschlüssen und Gruppen durchzusetzen. Dabei galt gerade auch die Hauptstadt Berlin als Anziehungspunkt. Vereinzelt fielen solche Akteure in den siebziger und achtziger Jahren erneut durch oppositionelle Handlungen auf.

Eine Vernetzung versuchte man auch an den Universitäten in Rostock und Greifswald zu erreichen. So bemühten sich studentische Kreise wie auch Lehrkräfte, verstärkt auch konspirativ, sich mit anderen oppositionellen Gruppen zusammenzuschließen. Dabei fiel auf, daß solche Aktivitäten besonders von Studenten und jungen Dozenten ausgingen, während etablierte Professoren sich nicht veranlaßt sahen, ihre Positionen in den Leitungsebenen durch „Einmischung“ in gesellschaftliche Fragen zu gefährden.

Auch unter den Künstlern und Schriftstellern waren die Reaktionen differenziert. Der Staat mißtraute der Usedomer Malerszene. Sie wurde vom MfS über Jahre hinweg operativ bearbeitet, obwohl sich zu keinem Zeitpunkt oppositionelles Handeln entwickeln konnte. Durch staatliche „Anerkennungsmaßnahmen“ erreichte das MfS meist eine Bindung dieser Potentiale an die Staatspartei.

84 Halbrock, Christian: Widerstand im Alltag. Alltag des Widerstandes. Konzeptionelle Überlegungen zum BStU-Projekt „Widerstand und Opposition“ im Ostseebezirk Rostock. Drucklegung in Vorbereitung, S. 19.

Im Gegensatz zu den Arbeitern agierten Intellektuelle mit mehr Planung, Organisation und Zielgerichtetheit. Sie debattierten über Gesellschaftsmodelle, tauschten verbotene Literatur aus und bemühten sich um organisatorische Zusammenhänge. So wirkten die verschiedenen Protestformen auch völlig unterschiedlich. Die kurzfristige Protestwelle wurde größtenteils von jungen Arbeitern getragen und blieb im wesentlichen ohne Nachwirkung. Die Träger dieser einmaligen Unmutsäußerungen und Protesthandlungen zogen sich im Normalfall nach ihrer „Disziplinierung“ und „Eingliederung ins Kollektiv“ wieder zurück. Die Schwelle zum längerfristigen oppositionellen Handeln wurde nicht überschritten. Dieser Schritt war für die große Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen, da er vom Handelnden die Aufgabe seines bisherigen Lebens, seiner Familie und Karriere erforderte – bei Arbeitern ebenso wie bei Studenten. Der Bürgerrechtler Gerd Poppe beschreibt die Konsequenzen eines solchen Bruchs und den damit zusammenhängenden Lebenswandel. Der Beruf wurde für ihn bedeutungslos und die politische Gegnerschaft zu einem „Fulltimejob“. Poppe betonte vor allem die Bedeutung seines Umfeldes für diese Entwicklung. „Das kann man nicht im Alleingang. Das kann man nur, wenn man das Umfeld dazu hat. Und das hatte ich mit meinen persönlichen und politischen Freunden wie Wolf Biermann und Robert Havemann.“⁸⁵ Diese „emotionale Nähe in geschlossenen Oppositionsgruppen“, wie Freya Klier schreibt,⁸⁶ war für die Mehrheit der Bevölkerung im Alltag ihres Kollektivs und in ihrer Lebenswirklichkeit, in ihrem soziokulturellen Umfeld, außer Reichweite.

Es war aber die langfristige stille Beschäftigung mit den Ideen des Prager Frühlings und das vorsichtige Ausloten von Möglichkeiten der Organisation von Ideen, die viel zu der späteren Netzwerkbildung der Opposition beigetragen hat. Eine Minderheit hielt an den reformkommunistischen Ideen von Prag fest und wurde später politisch aktiv. Sie suchte später Anschluß an Gleichgesinnte unter dem Dach der Kirche und bildete schließlich die personelle Basis der DDR-Opposition der achtziger Jahre.⁸⁷

Dies gilt auch für den Bezirk Rostock. 1968 hat ganz klar auch im Norden des Landes den kritischen Ressourcen in Teilen der Bevölkerung zum Ausdruck verholfen und spontane Protestwellen ausgelöst sowie teilweise zur weiteren stillen Beschäftigung mit den Ideen in den Folgejahren geführt. Der Prager Frühling und dessen Niederschlagung konnten auch hier als wesentlicher Stimulus für die Gründung und spätere Vernetzung von Gruppen wirken und mittelfristig die Entwicklung der Opposition und den Aufbau von oppositionellen Strukturen fördern.

85 Kneipp, Danuta: Im Abseits. Berufliche Diskriminierung und politische Dissidenz in der Honecker-DDR. Köln/Weimar/Wien 2009, S. 109–112.

86 Zitiert nach: Wierling, Dorothee: Die Stasi in der Erinnerung. In: Gieseke, Jens (Hrsg.): Staatssicherheit und Gesellschaft: Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 187–208, S. 202.

87 Kowalczuk: „Wer sich nicht in Gefahr begibt...“, S. 273.